Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich außer Sonn- und Festtags.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk 18 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 36, für die 90 mm breite Colonel-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12225.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 26.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Löhnitz), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Löhnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 51 und 91. Löhnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 3316. Drahtanschrift: Volksfreund Auesachsen.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 110. Mittwoch, den 11. Mai 1932. 85. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

1. Kurt Göthel in Lauter plant die Einführung der Tage- und Hausabfallwässer aus dem Dreifamilienwohnhaus auf dem Flurstück Nr. 160d des Flurbuchs für Lauter durch eine Schleuse in den Brückelsbach.

2. Alban Ott und Gustav Lauckner in Pöhla planen die Einführung der Tage- und Hausabfallwässer aus den Wohnhäusern auf den Flurstücken Nr. 21a und 21c des Flurbuchs für Großpöhla durch die bestehende Gemeindeschleuse in den Pöhlbach. §§ 23, 33 des Wassergesetzes.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Einwendungen sind binnen 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch.

Auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhende Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen. (W. Lau. 5/32. W. Pö. 7/32.)

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 10. Mai 1932.

Fleischermeister Anton Baumann beabsichtigt die Errichtung einer Groß- und Kleinviehschlächtereianlage im Grundstück Ortsl.-Nr. 63 E für Lindenau.

Dies wird hiermit gem. § 17 der Reichsgewerbeordnung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Einsprüche gegen diese Anlage, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, binnen 14 Tagen bei der Amtshauptmannschaft anzubringen sind. D Bi. 63 E.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 9. Mai 1932.

Donnerstag, den 12. Mai 1932, vorm. 10 Uhr soll in Pöhla **1 Radioapparat (Mende)** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Schramms Restaurant.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg

Parlamentarische Niederlage des Wehr- und Innenministers.

Mißglückte Verteidigung des SA.-Verbots.

Harakiri Groeners.

Dem ruhigen Montag im Reichstag folgten am Dienstag Sturmszenen, die ihren Gipfelpunkt während der Rede des Ministers Groener erreichten. Ein Furunkel über dem Auge ist gewiß nichts Angenehmes, aber trotz dieses Mißgeschicks hätte man erwarten müssen, daß Herr Groener weniger ungeschickt operieren würde als er es getan hat. Er hat aber gestern einen derartigen Mangel an Fingerspitzengefühl gezeigt, wie man ihn bei einem so gescheiten Menschen nicht für möglich halten sollte. Es scheint, als ob der letzte Generalquartiermeister des deutschen Heeres und jetzige Reichswehrminister von allen guten Geistern verlassen ist, wenn er dem Führer der größten deutschen Partei, der von Millionen Menschen als das nationale Gewissen Deutschlands verehrt wird, von der Reichstagstribüne herab landesverräterische Handlungen zum Vorwurf macht. Dieses Dessin sollte der Minister doch der SPD.-Pressemeute und den Mosse- und Ullsteinblättern überlassen, deren Domäne nun einmal die Beschimpfung Adolf Hitlers ist.

•

Herr Groener fühlt sich beschwert, daß Hitler eine Gefolgschaft von „400 000 jungen, tatgierigen Menschen" auf die Beine gebracht hat. Er ist ehrlich genug, diese Leistung als etwas ganz Hervorragendes anzuerkennen. Er verbot die SA. aber trotzdem, weil sie eine „Gefahr für den Staat" sei. Hier dürften die Fragen gestattet sein, warum hat es denn das Reich, hat es denn der Minister Groener nicht fertig gebracht, das junge Deutschland an sich zu ketten, und warum hat die Regierung Brüning die große Chance aus der Hand gegeben, die disziplinierten Scharen der NSDAP. für vaterländische Ziele einzusetzen? Das sind die wirklichen Fehler, die gemacht worden sind. Nach Groener „hätten wir ohne die SA. Ruhe und Ordnung in Deutschland". Die Kritik an diesem Worte ist in der Zeit der Presseunfreiheit unmöglich. Sie ist aber auch unnötig, denn der Wehrminister hat damit und mit seiner offiziellen Lobpreisung des Reichsbanners sich selbst sein Urteil gesprochen. Nach diesem politischen Harakiri dürfte er seine Rolle wohl ausgespielt haben.

• • •

Stürmische Reichstagssitzung.

Berlin, 10. Mai. Im Reichstage wurde die Besprechung über das Schuldentilgungsgesetz einschließlich der Bestimmungen über die Arbeitsbeschaffungsanleihe fortgesetzt.

Abg. Bang (Dntl.) nennt es eine leere Farce, wenn der Etat dem Reichstag vorgelegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Absicht verkündet, im Falle seiner Nichtannahme den Etat durch Notverordnung durchzuführen. Unter einem wirklich parlamentarischen Regime würde die Ablehnung des Etats zum Rücktritt der Regierung führen müssen, Deutschland werde aber schon seit Jahren durch Notverordnungen am laufenden Bande regiert. Unter der Diktatur der Reichsbürokratie klinge jene Notverordnung verdammt modern, die im Jahre 1837 der reaktionäre preußische Minister von Rochow erließ und in der es hieß: „Dem Untertanen ziemt es nicht, an die Handlungen der Regierung den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen!" (Sehr richtig.) Ein Reichstag, der auf sein höchstes verfassungsmäßiges Recht, nämlich auf die gründliche Beratung und Verabschiedung des Etats verzichtet, handelt selbst verfassungswidrig. (Sehr richtig!)

Wir verlangen Vorlegung einer Zusammenstellung über alle bisherigen Selbstbewilligungen. Wir fordern Aufklärung über die Verwendung von 500 000 Mark für Wahlzwecke.

Der jetzige Anleiheermächtigungsplan der Regierung verdient die Ueberschrift: „Das System von heute in der Sackgasse." (Beifall rechts.) Diese Vorlage wird unter keinen Umständen den Zusammenbruch des Haushaltwesens aufhalten. Auch die **Notverordnungen vom Oktober und Dezember 1931** haben den Ausgleich nicht bringen können. Sie haben im Gegenteil mit der steigenden Strangulierung der Privatwirtschaft und ihrer steigenden Sozialisierung das Unheil nur vertieft. In einem gesunden Staate lebt die Wirtschaft von der Politik; bei uns lebt seit 13 Jahren die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge ihrer Zerstörung.

Insgesamt sind im Rechnungsjahre 1931 trotz aller Steuererhöhungen und Neubelastungen fast 1,5 Milliarde weniger aufgekommen als im Vorjahr.

Man hat deshalb vor der Anwendung letzter und verzweifelter Mittel nicht zurückgescheut. Die Vorverlegung der Aprilrate aus Einkommensteuer- und Körperschaftssteuervorauszahlungen auf den März kann ich nur als rechtswidrig bezeichnen. Sachlich bedeutet dieser Vorgang eine gesetzlose 25prozentige Erhöhung der Einkommensteuer, staatsrechtlich bedeutet er eine Etatsverfälschung. Währung und Reichsetat sind bei uns zu etwas geworden, was wir als Kinder auf dem Jahrmarkt als „Mädchen ohne Unterleib" anstaunten. (Heiterkeit.)

Im höchsten Maße ernst liegen die Dinge vor allem in Sachsen

mit seiner dichten Bevölkerung, wo die Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen und sonstigen Rentenempfänger fast durchweg erschöpft sind. Unter diesen Auspizien steht auch der neue Etat. Unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Ausblutung und dessen, was sie noch in Ländern und Gemeinden zu tragen hat, kann die deutsche Wirtschaft auch einen Acht- bis Neun-Milliarden-Etat einfach nicht mehr tragen. Helfen kann uns allein die Befreiung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung. Bisher ist das Gegenteil geschehen.

Insgesamt hat seit 1925 eine Steigerung der Belastung des Steuerzahlers von 45,2 Prozent stattgefunden, und zwar wesentlich bei den direkten Belastungen.

Nächstens werden die Steuern wahrscheinlich mit dem Ueberfallkommando eingetrieben. Es ist jedenfalls kein Wunder, wenn die rigorose Praxis der Steuerbehörden in steigendem Maße zu Verzweiflungsakten führt. Wir verurteilen solche Verzweiflungsakte, aber eins muß einmal ausgesprochen werden: Die intellektuellen Urheber solcher Verzweiflungsakte sitzen auf deutschen Regierungsbänken. Auf dem bisherigen Wege notverordnen wir uns in den Untergang; auch der neue Etat wird mit Notverordnungen nicht zu halten sein.

Abg. Strasser (Natsoz.): Außer den Notverordnungen ist in der ganzen politischen Entwicklung kein neuer und kein rettender Gedanke aufgetaucht. Die Regierungsmänner Deutschlands haben ihre ganze Politik eingestellt auf die Fernhaltung der nationalen und sozialen Kräfte unserer Bewegung von der Macht. Den Plan der Sparprämien-Anleihe lehnen wir ab. Er versucht eine Lösung, die keine Rücksicht auf die deutschen Arbeiter nimmt. (Abg. Torgler [Komm.]: „Sie sind doch von Thyssen und Kronprinz Wilhelm abhängig!") Wenn Sie meine politische Tätigkeit verfolgt haben, könnten Sie einen so sinnlosen und saudummen Einwurf nicht machen! (Heiterkeit.) — Präsident Löbe rügt den Ausdruck „saudumm".) Arbeitszeitverkürzung ist jetzt Ihr (zu den Sozialdemokraten) Allheilmittel. Arbeitszeitverkürzung allein bedeutet aber nichts anderes als hohen Lohnabbau für die noch Arbeitenden. Die Kaufkraft wird dabei nicht um einen Pfennig erhöht und infolgedessen auch nicht für einen Groschen neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen.

Arbeitszeitverkürzung ist nichts anderes als ein Unrecht, das man den Erwerbslosen zufügt, weil man ihnen damit keine Arbeit geben kann, weil man vielmehr den sogenannten sozialen Ausgleich hiernach darin sucht, daß nun alle hungern sollen.

Arbeitszeitverkürzung ist eine Lüge. Wenn Sie sie nur in den Betrieben durchführen wollen, in denen sie „möglich" erscheint, dann ist der Erfolg gleich null.

Die NSDAP. will heute ihre Gedanken und Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Oeffentlichkeit mitteilen.

Sie umfassen die Binnensiedlung, den Abbau des Städtezustroms, die Steigerung des Inlandsertrags Hand in Hand mit einem geschlossenen Wirtschaftsraum, die Sicherung der Volksernährung, die Organisation der nationalen Arbeit, die Erneuerung unseres Bodenrechtes und die Erklärung, daß jeder deutsche Volksgenosse verpflichtet ist, seine Arbeitskraft in der Gesamtnation zur Erzeugung von lebenswichtigen Gütern auszuwerten, kurz, die Arbeitsdienstpflicht. Der Satz, daß Kapital Arbeit schafft, ist falsch. Wir sagen: Arbeit schafft Kapital. Für die Arbeitsbeschaffung gibt es immer Geld. Das Geld für die Arbeitsbeschaffung, die wir vorschlagen, ist mindestens so gut angewendet, wie die Russenkredite und die Gelder zur Finanzierung der Banken.

Der Redner entwickelte dann das nationalsoz. Arbeitsbeschaffungsprogramm auch im einzelnen. Allerdings könne man, wenn man in Deutschland Arbeit schaffen wolle, solche Politik nicht mit den [illegible] auch nicht mit Menschen von [illegible] finanzkapitalistischem Denken machen. Die Umstellung könne nur erfolgen mit Hilfe der großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind und die sich auf das Vertrauen des Volkes stützen können. Wenn wir unser Programm vorlegen, so erkennen wir an, daß der Kanzler an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist (Rufe bei den Komm.: „Er biedert sich an beim Zentrum!"), aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft darauf verwenden mußte, die heterogenen Parteien zusammenzuhalten, mit denen er regiert. Das Vertrauen des Volkes haben wir uns erworben, indem wir diese Bewegung gegen Sie alle aus einem Nichts geschaffen haben.

Abg. Hepp (Landv.) schließt sich dem nationalsoz. Vorredner in der Kritik der Wirtschaftspolitik der Regierung in vielen Punkten an.

Abg. Goering (Natsoz.): Das Kabinett Brüning, das sich als „Kabinett der Frontsoldaten" vorgestellt hat, ist tatsächlich ein Kabinett der Illusionen. Diesem Kabinett, das auf allen Gebieten versagt und alle Hoffnungen enttäuscht hat, sprechen wir in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aus. Es ist nicht möglich, an internationalen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen, wenn im Inneren nicht eine kräftige völkische Politik gemacht wird. Die bei diesen Verhandlungen erreichte

Isolierung Frankreichs ist nicht ein Verdienst Dr. Brünings, sondern sie ist trotz und gegen das Kabinett Brüning herbeigeführt worden.

Brüning und Groener haben die geringe Einschätzung Deutschlands als Machtfaktor verschuldet, die sich in den Fällen Danzig und Memel gezeigt hat. Wenn sich in beiden Fällen schließlich der deutsche Widerstand durchgesetzt hat, so ist das nicht dem Kabinett, sondern der nationalen Welle zu danken, die über die Reichsgrenzen herausgegangen ist. Der deutsche Sieg in Danzig und im Memelgebiet trägt nicht das Signum Brünings, sondern Hitlers. (Lebh. Beif. bei den Nat.) Im Fall Danzig warnen wir die Mächte, die es angeht.

Das Verbot der SA. und SS. betrachten wir als die moralische Abrüstung des nationalen Freiheitswillens durch die Regierung. (Beifall bei den Nat.) Wenn das Material Severings erst gerichtlich geprüft ist, wird die Beschuldigung des Landesverrats gegen unsere Organisationen in nichts zerflattern. Wir wollen doch die Ressortgrenzen achten, für Landesverrat sind Sie (zu den Soz.) zuständig!

Diese Aeußerung führt zu stürmischen Protestkundgebungen der Sozialdemokraten. Mehrere Sozialdemokraten rufen: „Dieser Lump will uns beschimpfen!"

Vizepräsident Esser ruft den Abg. Goering zur Ordnung. Einige Sozialdemokraten rufen: Das genügt nicht, der Lump muß raus! Vizepräsident Esser: Wir haben nun anderthalb Tage lang ruhig verhandelt und wollen doch nun weiter ruhigbleiben!

Abg. Goering fährt fort: Während die SA. verboten wird, läßt man das Reichsbanner bestehen, das zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht, also aus Angehörigen einer Partei, die die Kriegsdienstverweigerung proklamiert hat.

Bei den Sozialdemokraten setzt hierbei ein neuer Proteststurm ein. Abg. Sollmann (Soz.) ruft: „Sie sind ein Lügner!" Abg. Dr. Frick (Natsoz.) ruft zum Vizepräsidenten Esser: „Sollmann muß zur Ordnung gerufen werden!" — Abg. Soll-